

Lateinamerikapolitik

UDO DIEDRICH

Nach dem Gipfel von Madrid im Mai 2002 ist die Lateinamerikapolitik der EU wieder in ein ruhigeres Fahrwasser eingetreten. Im Zentrum des Interesses stand für die EU, ihre vertraglichen Beziehungen zu den Ländern Lateinamerikas zu konsolidieren und auszubauen. Insgesamt haben sich die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der EU-Lateinamerikapolitik aber nicht wesentlich verbessert. Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise in Argentinien und anderen Ländern des Subkontinents sind noch nicht überwunden, zudem schwächte die schwache Konjunktur in den westlichen Industriestaaten den Handelsaustausch und die Investitionsflüsse.¹ Die EU war dennoch bemüht, ihrer Politik neue Impulse zu verleihen und damit Verlässlichkeit und Konstanz zu demonstrieren.

Die EU und Mexiko: Ernüchterung und Hoffnung

Enttäuscht zeigte sich die EU mit der jüngsten Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Mexiko. Die Dynamik des beiderseitigen Handels nach dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens hat sich im vergangenen Jahr deutlich abgeschwächt und zu einem Rückgang des Güterverkehrs um fast 2% geführt, nachdem zuvor deutliche Zuwachsraten erzielt worden waren.² Die Ursachen wurden in dem weltweiten ökonomischen Abschwung gesehen, der sich negativ auf beide Partner ausgewirkt habe. Anlässlich des Treffens des Gemeinsamen Rates EU-Mexiko bekräftigten beide Seiten aber ihre Absicht, die beschlossenen Liberalisierungsschritte plangemäß umzusetzen und durch Kooperationsprojekte die Marktchancen vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen auszubauen.³ Zudem wurden die Verhandlungen über den Abschluss eines Wissenschafts- und Technologieabkommens vorangetrieben, das es mexikanischen Forschern ermöglichen soll, sich an den Rahmenforschungsprogrammen der EU zu beteiligen.

Als Mitglied des UN-Sicherheitsrates spielte Mexiko (ebenso wie Chile) in den vergangenen Monaten eine auch für die europäischen Staaten zentrale politische Rolle. Die Weigerung, die Politik der US-Administration im Irak-Konflikt zu unterstützen, dokumentiere dabei nicht nur den Tribut der Regierung an die Stimmung innerhalb der Bevölkerung, sondern war zugleich Reflex einer grundsätzlicheren Unzufriedenheit mit der Politik der USA, die nach dem 11. September 2001 ein deutlich nachlassendes Interesse an den Beziehungen zu seinem südlichen Nachbarn erkennen ließ.⁴ Für die EU könnten sich daraus neue politische Spielräume

ergeben, sollte sich die wachsende Distanz zwischen Mexiko und den USA als dauerhaft erweisen.

Der Mercosur und Chile: Wege aus der Krise

Der Mercosur, der in Brüssel lange als „Sorgenkind“ galt, scheint die gravierendsten Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise überstanden zu haben. Mit der Wahl des moderaten Peronisten Nestor Kirchner zum Präsidenten wurde die Ungewissheit über die weitere politische Entwicklung in Argentinien vorerst beendet, zudem schien die Talsohle der ökonomischen Rezession durchschritten. Damit verbanden sich aufkeimende Hoffnungen auf eine Revitalisierung des Mercosur, welche die EU deutlich begrüßte. Der brasilianische Präsident Lula legte auf dem Präsidentengipfel des Mercosur im August 2003 den Plan Mercosur 2006 vor, der das Integrationsprojekt vertiefen und festigen soll. Bis Ende des Jahres planen die Länder des Mercosur mit der Andengemeinschaft zudem den Abschluss einer Freihandelszone.⁵

In den Verhandlungen mit dem Mercosur über eine interregionale Assoziierung versuchte die EU entsprechend, den Fortgang der Gespräche zu beschleunigen. Auch von Seiten der Wirtschaft wurde die Forderung nach einem baldigen Abschluss der Verhandlungen mit dem Mercosur geäußert.⁶ In der zehnten Verhandlungsrunde, die im Juni 2003 in Asunción stattfand, wurden die jüngsten Angebote zu den Bereichen Investitionen und Dienstleistungen sowie weitere Verbesserungen der Offerten zum Zollabbau diskutiert. Einem Angebot der EU zum öffentlichen Beschaffungswesen lag allerdings noch kein Pendant des Mercosur vor.⁷ Anvisiert wurde das Ende des Jahres 2003 für den Abschluss der Gespräche, was durchaus als ehrgeiziges Ziel zu betrachten ist. Allerdings besteht nach einem mittlerweile über dreijährigen Verhandlungsprozess ein deutlicher Erfolgsdruck für beide Seiten – im besonderen, nachdem Chile mit der EU bereits handelseinig geworden war.

Mit Chile konnte das im Mai 2002 ausgehandelte Assoziationsabkommen im November des Jahres unterzeichnet werden, das als Kernelement die Schaffung einer Freihandelszone vorsieht.⁸ Bereits vor der notwendigen Ratifizierung durch alle EU-Staaten wurden die handelsbezogenen und institutionellen Bestimmungen zum 1. Februar 2003 in Kraft gesetzt. Die erste Sitzung des Assoziationsrates fand am 27. März 2003 in Athen statt. Damit hat Chile nach Mexiko eine Liberalisierung des Handels erreichen können und gehört innerhalb Lateinamerikas zu den engsten Vertragspartnern der EU. Das Abkommen zeichnet sich aber auch durch eine profilierte politische Ausrichtung aus. So ist ein politischer Dialog vorgesehen, der eine breite Themenpalette umfassen wird. Auf der Sitzung des Assoziationsrates wurde hierzu eine Agenda vorgestellt, die neben den klassischen Themen der Demokratie und der Menschenrechte auch Fragen der internationalen Sicherheit und des Kampfes gegen den Terrorismus enthält.⁹

Die Andengemeinschaft und Zentralamerika: neue Abkommen im Blick

Wie bereits auf dem Madrider Gipfeltreffen zwischen der EU und den Ländern Lateinamerikas und der Karibik zugesagt, wurden im Mai 2003 Verhandlungen

über den Abschluss neuer Kooperationsabkommen mit der Andengemeinschaft und Zentralamerika aufgenommen. Die anvisierten neuen rechtlichen Bindungen sollen dabei die Kooperation vertiefen und ausbauen, dienen aber auch der Vorbereitung einer nächsten Stufe der Beziehungen, die in eine interregionale Assoziierung nach dem Vorbild Chiles und des Mercosur münden werden. Für die Länder der Andengemeinschaft ging es im besonderen darum, die bislang unilateral seitens der EU gewährten Handelspräferenzen im Rahmen der Drogenpolitik künftig in eine umfassendere bilaterale Freihandelsvereinbarung einzubetten. Seitens der EU war man allerdings nicht bereit, diesen Schritt bereits jetzt in Angriff zu nehmen, sodass die nun begonnenen Verhandlungen als Kompromiss zwischen den Erwartungen der südamerikanischen Länder und den Angeboten der EU zu sehen sind.

Die Situation innerhalb der Länder der Andengemeinschaft hat sich auch im abgelaufenen Jahr nicht grundlegend verändert. Politisch brisant bleibt die Lage in Kolumbien, wo seit der Verschärfung des Konfliktes mit der Guerilla der innenpolitische Dialogprozess in eine Sackgasse geraten ist. Einmütig verurteilte die EU die Eskalation der Gewalt, so etwa das Bombenattentat auf einen Nachtclub in Bogotá vom Februar 2003, das 34 Menschen das Leben kostete.¹⁰ Ungelöst blieben auch die Spannungen in Venezuela, wo ein Referendum zum Verbleib von Präsident Chavez im Amt geplant ist.¹¹ Die EU unterstützte diesen Schritt und brachte ihre Hoffnung auf einen fairen Wahlvorgang zum Ausdruck.¹²

Auch mit den zentralamerikanischen Ländern wurden Verhandlungen über ein neues Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit aufgenommen; wie im Falle der Andengemeinschaft soll es die Vorstufe für ein späteres Assoziationsabkommen inklusive einer Freihandelsvereinbarung bilden.¹³ Der politische Dialog mit den Ländern des Isthmus im Rahmen des San-José-Prozesses wurde dagegen weiter zurückgeführt. So sollen künftig Treffen der EU-Troika mit den zentralamerikanischen Staaten in jährlichem Rhythmus den Regelfall der Begegnungen bilden, während Ministerkonferenzen auf Initiative einer der Seiten veranstaltet werden.¹⁴ Damit setzt sich ein Trend fort, der 1996 bereits zu einer Neuformatierung des Dialogs geführt hatte und insgesamt die EU von aufwendigen Verpflichtungen entlastete. Die Kommunikés der Treffen im Rahmen des San José Prozesses ließen ohnehin kaum dramatische Formulierungsvarianten erkennen.¹⁵

Die EU und Kuba: Auf und Ab einer schwierigen Beziehung

Mit beeindruckender Zuverlässigkeit folgten die Kontakte zu Kuba in den letzten Jahren dem Muster einer politischen Achterbahnfahrt, in der Phasen der Annäherung immer wieder durch abrupte Rückschläge beendet werden. Dabei erwies sich Fragen der Menschenrechte und der Demokratie als virulente Dauerthemen. Nachdem die EU aufgrund von Menschenrechtsverletzungen diplomatische Sanktionen gegen Kuba beschlossen hatte, erklärte Fidel Castro anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestages des Beginns der kubanischen Revolution im Juli 2003 den politischen Dialog mit Brüssel für beendet und verzichtete auf weitere humanitäre Hilfeleistungen.¹⁶ Der Revolutionsführer verband mit dieser Entscheidung eine auf-

DIE AUSSENPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION

fällig scharfe Kritik an den europäischen Staaten, die er als „trojanische Pferde“ des Imperialismus bezeichnete und denen er eine eigenständige Außenpolitik absprach. Die AKP-Staaten äußerten bei einem Treffen in Brüssel die Hoffnung, dass der Dialog bald wieder aufgenommen werden könne.¹⁷ Die Beziehungen zu Kuba stehen damit – wieder – vor einem möglichen Neubeginn, der aber nur durch mühsame diplomatische Kontakte erreicht werden kann. Von einem Beitritt zum Cotonou-Abkommen ist die Karibikinsel weiter denn je entfernt.

Die EU und Lateinamerika: Ansätze zur Partnerschaft

Die Beziehungen der EU zu Lateinamerika haben im vergangenen Jahr durch die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit Chile einen Erfolg verzeichnen können; sollte es ihr gelingen, zügig auch mit dem Mercosur den Abschluss der Verhandlungen zu bewerkstelligen, so würde dies ihrer Lateinamerikapolitik zweifelsohne eine kohärente Linie verleihen. Zwar wäre es gewagt, wie in der Erklärung des Dialogs der EU mit der Rio-Gruppe 2003 von einer „privilegierten Beziehung“¹⁸ zu sprechen, doch würde sich Lateinamerika immer deutlicher aus dem Schatten einer Entwicklungsregion hin zu einer Partnerschaft mit der EU bewegen. Kuba wird in diesem Gefüge bis auf weiteres der Ausnahmefall bleiben, der seine Position gegenüber der EU neu bestimmen muss.

Anmerkungen

- 1 El País, 3. August 2003.
- 2 Agence Europe, 29.03.2003.
- 3 Third EU-Mexico Joint Council Meeting, Joint Press Release, Athen, 27. März 2003.
- 4 Neue Zürcher Zeitung, 16. August 2003.
- 5 El País, 8. August 2003.
- 6 Süddeutsche Zeitung, 16. Mai 2003.
- 7 Tenth Meeting of the EU-Mercosur Bi-Regional Negotiations Committee, Final Conclusions, 23-27 June 2003, Asunción, Paraguay.
- 8 Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits, ABL L 353, 30.12.2002.
- 9 First EU-Chile Association Council Meeting, Joint Communiqué, Athen, 27. März 2003.
- 10 Declaration by the Presidency on behalf of the European Union on the terrorist attack in Colombia, Brüssel, 12. Februar 2003, 6292/03, P 16/03.
- 11 El País, 29. Mai 2003.
- 12 Declaration of the Presidency on behalf of the European Union on Venezuela, Brüssel, 5. Juni 2003, 10183/03 (Presse 60), P 66/03.
- 13 „Launching of a new EU-Central America Political Dialogue and Co-operation Agreement in Panama, 12-15 May 2003“, IP/03/673, Brüssel, 13. Mai 2003.
- 14 XVIII Ministerial Conference of the San José Dialogue, Joint Communiqué, Madrid, 18. Mai 2002.
- 15 Siehe hierzu das jüngste Beispiel: XIX Ministerial Meeting of the San José Dialogue, Joint Communiqué, Panamá, 12. Mai 2003.
- 16 FAZ, 28. Juli 2003.
- 17 El País, 2. August 2003.
- 18 European Union – Rio Group: XI Institutionalised Ministerial meeting, Declaration, Athen, 28. März 2003.

Weiterführende Literatur

- Diedrichs, Udo: Die Politik der EU gegenüber dem Mercosur. Die EU als internationaler Akteur, Opladen 2003.
- Bodemer, Klaus/ Gratius, Susanne: Lateinamerika im internationalen System, Zwischen Regionalismus und Globalisierung, Opladen, erscheint 2003.